

Wenn Reden zur Nebensache wird

Editorial in: Parlament. Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen. September 2014. Nr.2. 17. Jahrgang.

In der Sommersession 2014, am 10. Juni, vollzog der Nationalrat einen Akt der Selbstbeschränkung in seinen Rechten. Auf der Agenda: eine Volksinitiative, die üblicherweise in Kategorie I traktandiert wird. Das heisst: es steht allen Mitgliedern des Nationalrats zu, ihr Rederecht für je fünf Minuten wahrzunehmen. 62 Rednerinnen und Redner hatten sich angemeldet. Eine Fraktion beantragte, die Debatte in Kategorie II durchzuführen, mit einer Gesamtredezeit von 180 Min. Der Antrag kam mit 78 zu 70 Stimmen durch. Was waren die Gründe? Erstens argumentierte der Fraktionssprecher, dass sich alle einig seien in der Ablehnung der Initiative, und es mache doch „keinen Sinn, wenn wir jetzt 62-mal sagen, wir seien jetzt gegen diese Initiative“. Zweitens wies der Nationalratspräsident einleitend darauf hin, dass er von einer Behandlungszeit von sechs bis sieben Stunden ausgehe, die Debatte in einer Woche fortgesetzt werde, und dann die Sitzung erst geschlossen würde, wenn das Geschäft zu Ende beraten sei. Diese beiden Argumente genügten, dass eine Mehrheit des Rats dem Antrag zustimmte, im Wissen, dass damit etwa 40 Rednerinnen und Redner nicht zu Wort kommen würden.

So selten solche Konstellationen sind, das Ereignis ist nicht ganz untypisch für Tendenzen in der Debattenkultur des Nationalrats in den letzten Jahren. Die Entwicklung geht dahin, dass man den Kernauftrag der Parlamentarier, nämlich das verbale Vertreten von Standpunkten im Rat, öfters reduziert. Warum? Vermutlich spielen verschiedene Faktoren eine Rolle, ein zwei davon sollen im Folgenden beschrieben werden.

Zum einen gibt es gute Gründe zur Annahme, der „drohende“ Hinweis des Nationalratspräsidenten sei inspiriert, wenn nicht gar schon vorgeschrieben worden durch die Parlamentsdienste oder allenfalls das Büro des Nationalrats. Manchmal gewinnt man den Eindruck, dort seien zunehmend technokratische Effizienzüberlegungen wichtiger als staatspolitische Grundsätze. Einfacher gesagt: das möglichst schnelle Abarbeiten von Traktanden und Vorstössen ist wichtiger als die parlamentarische Auseinandersetzung. Interessant dabei ist, dass eine Mehrheit der Parlamentarier dies ähnlich zu sehen scheint. Noch überspitzter: für das Büro und das Sekretariat ist das parlamentarische Reden eher zeitraubendes Gerede, und die parlamentarischen Redner sehen sich selbst und ihren Auftrag auch so, was eventuell auf ein vermindertes Selbstwertgefühl, ganz sicher aber auch abnehmendes staatspolitisches Bewusstsein schliessen lässt.

Zum andern haben Parlamentarier des 21. Jahrhunderts zunehmend andere Möglichkeiten, ihre Standpunkte zu kommunizieren als in einer Ratsdebatte. Die Zeiten, in denen lange Auszüge aus den Ratsdebatten protokollartig in der Neuen Zürcher Zeitung zu lesen waren (und vermutlich gelesen wurden), sind entfernte Vergangenheit. Heute ist eine Debatte in den elektronischen Medien, in Radio und Fernsehen mindestens so relevant wie die parlamentarische Debatte. Was im Parlament gesagt wird, schafft es nur in seltenen Fällen und meistens nur dann in die Medien an eine weitere Öffentlichkeit, wenn es sehr pointiert, kontrovers, polemisch vorgetragen oder neu ist.

Politiker sind (meistens) durchaus zweckrationale Wesen, mit hoher Anpassungsfähigkeit. Es überrascht denn wohl nicht so sehr, dass es Parlamentarier gibt, die der Kraft der Bilder mehr vertrauen als der Kraft der (eigenen) Worte, indem sie weniger reden und häufiger posieren, meistens neben einem Bundesratsmitglied. Damit sichern sie sich ihr Bild in den Medien. Was sie gesagt haben, ist unwichtig. Es gibt Ratsmitglieder, die in ihren Voten einen Satz bewusst rhetorisch so gestalten, dass er Zitierfähigkeit in den Medien ermöglicht. Die Pointe ersetzt das Argument. Andere Politiker widmen den ausserparlamentarischen Tätigkeiten mehr Aufmerksamkeit als ihrem Kerngeschäft, dem Reden und Argumentieren im Rat. Wiederum andere schauen, dass sie keine Abstimmung verpassen, immer im Rat sitzen, weil das dann in den Ratings als vorbildliches Verhalten und „Arbeiten“ bewertet wird – und dabei im Internet surfen und ihre eigene Facebookseite stündlich konsultieren. Wenn das Wort oder das Argumentieren in der Gesellschaft immer mehr zugunsten des Bildes oder des Kürzestsatzfragments oder Tweets verdrängt wird, ist es klar, dass eine solche Entwicklung auch sich in der Politik durchsetzt. Das Parlament ist keine Welt für sich, sondern Forum und Fokus der Entwicklungen einer Gesellschaft. Man raucht ja schliesslich auch nicht mehr im Parlament.

Ein Parlamentarier hat ein Recht zu reden, keine Pflicht (höchstens eine moralische, gegenüber seiner Wählerschaft). Man kann Parlamentarier nicht daran hindern, ihre Rechte nicht ausüben zu wollen. Interessant ist dabei höchstens, dass sie das Klischeebild und Vorurteil, Reden im Parlament sei mehrheitlich langweiliges sinnfreies Geschwätz, Zeitverschwendung und irrelevant, zu internalisieren beginnen, und ihr eigenes Tun offenbar auch so sehen. Damit kommen sie eigentlich nur der Regierung, den Büros, den Parlamentssekretariaten, der Verwaltung entgegen, die alle längst dieser Auffassung sind. Denn für diese wären Politik, Regieren und Verwalten so schön, wenn es nur keine Parlamentarier gäbe. Wie wäre es, wenn Parlamentarier sich wieder stärker auf ihren Kernauftrag besinnen würden? Dann würde es sich nämlich durchaus als richtig erweisen, dass über wichtige Themen auch dann so lange argumentiert und geredet würde, wie es der Wichtigkeit des Themas angemessen ist, selbst wenn die Debatte nicht kontrovers ausfällt. Denn vornehmste Aufgabe von Volksvertretern ist es, dem Souverän im Parlament Stimme zu verleihen. Effizienz ist demgegenüber eine Tertiärtugend, höchstens.

Gerhard Pfister, Nationalrat CVP ZG